

## NACHRICHTEN

**Rückübernahmeabkommen ratifiziert**

ROM: Das albanische Parlament hat das Rückübernahmeabkommen ratifiziert, das im Februar vom albanischen Innenminister Spartak Poçi und Bundesrätin Ruth Metzler unterzeichnet worden war, wie die albanische Nachrichtenagentur ata am Montag meldete. «Wir warten noch auf eine offizielle Mitteilung aus Tirana», sagte Adrienne Lotz, Sprecherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) auf Anfrage. Erst dann könne das Abkommen in Kraft treten. Das Abkommen verpflichtet beide Länder, ihre eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen. Dies betrifft vor allem in der Schweiz ausreisepflichtige Albaner, die keine gültigen Dokumente mitführen, keine Aufenthaltsbewilligung haben oder straffällig wurden. Ausserdem regelt der Vertrag neu, dass Albanien bei organisierten oder polizeilich begleiteten Durchreisen über sein Territorium in den Kosovo mithelfen werde. Die Durchreise von Einzelpersonen wird auch weiterhin ohne Visum erlaubt sein.

**Starke oppositionelle Kraft in Serbien**

BELGRAD: Schon vor ihrer formellen Gründung am Montag im Belgrader Medien-Zentrum ist die regimiekritische Bewegung Otpor (Widerstand) zur stärksten oppositionellen Kraft in Serbien angewachsen. «Der Widerstand wächst mit der Repression», sagt Ivan Marovic, einer der Aktivisten. Jetzt haben führende Schriftsteller, Universitäts-Professoren, angesehene Schauspieler und Studenten mit ihrer



Unterschrift die Bildung der «Volksbewegung Widerstand» beschlossen, deren Ziel ein demokratisches Serbien ohne Slobodan Milosevic ist. Und ihr Zeichen, die geballte Faust in einem Kreis, ist wohl schon jetzt das bekannteste Symbol der serbischen Regimegegner. Alle Bürger, ungeachtet der Parteizugehörigkeit, sind willkommen. So waren unter den ersten, die ihren Beitritt erklärten, die Dramatikerin Biljana Srbljanovic, deren Stücke mit grossem Erfolg in Deutschland und Österreich gespielt werden, und Vesna Pesic, bis vor einem Jahr Vorsitzende der Bürgerallianz Serbiens.

**Paris bleibt bei Österreich-Boycott hart**

BRÜSSEL: Österreich kann nach französischen Vorstellungen nicht mit einem baldigen Ende des diplomatischen Boykotts durch seine 14 EU-Partner rechnen. Das machte der französische Europaminister Pierre Moscovici deutlich. Moscovici deutete gestern in Brüssel am Rande eines Treffens der EU-Aussenminister an, dass Frankreich im Streit um die Isolierung Österreichs auch weiterhin hart bleiben werde. Die bilateralen Massnahmen der EU-Länder sollten fortgeführt werden, aber ohne etwas hinzuzufügen, sagte er vor Journalisten. Frankreich übernimmt am 1. Juli die Ratspräsidentschaft in der EU. Österreichs Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner forderte dagegen erneut einen Bericht der EU-Kommission über das demokratische Verhalten Österreichs und eine Aufhebung der EU-Isolierungsmassnahmen. Österreich wird seit Februar wegen der Regierungsbeteiligung der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei von 14 EU-Staaten boykottiert. Zu der Diskussion um die Zukunft Europas nach der Rede vom deutschen Aussenminister Joschka Fischer sagte Moscovici, nach seinem Eindruck sei bereits eine Mehrheit der 15 EU-Länder bereit, so genannte verstärkte Kooperationen zur Vertiefung der europäischen Integration einzugehen.

# Das Warten geht weiter

Geiseldrama auf den Philippinen: Treffen mit Geiselnernern auf Jolo geplatzt

**JOLO: Die Geiselnernern auf der philippinischen Insel Jolo haben gestern ein vereinbartes Treffen mit dem Chefunterhändler der Regierung platzen lassen. Robert Aventajado traf lediglich Unterhändler der Rebellen.**

Nachdem die Anführer der Rebellen Abu Sayyaf dem Treffen auf der Insel Jolo fernblieben, lehnte es Chefunterhändler Aventajado ab, mit den Unterhändlern zu sprechen und reiste ab. Aventajado sagte, er habe zuerst vier Stunden lang vergeblich am vereinbarten Verhandlungsort auf die fünfköpfige Abordnung der Geiselnernern gewartet.

Aventajado lehnte es ab, mit den Unterhändlern zu sprechen, weil nicht alle fünf Anführer gekommen waren. Der Chefunterhändler der Regierung sagte, dies sei bei den Vorgesprächen am Samstag so vereinbart worden.

Die Entführer stellten unterdessen die Schaffung eines eigenen islamischen Staates als Bedingung für die Freilassung ihrer 21 Geiseln. Gemäss den weiteren Forderungen solle eine Kommission Misshandlungen von philippinischen Mos-



Die Polizei überwacht das Fahrzeug einer Schule in Tuup auf den Philippinen. Seit der Entführung von Urlaubern durch muslimische Rebellen sind die Sicherheitskräfte überall präsent. (Bild: Keystone)

lems im malaysischen Bundesstaat Sabah untersuchen, teilte die Regierung in Manila mit.

Die Geiselnernern hätten diese Bedingungen in einem Brief an die Regierung gestellt. Nun berate ein

Ausschuss des Kabinetts über die Forderungen. Den Angaben zufolge verlangten die Entführer kein Lösegeld. Chefunterhändler Aventajado hatte vor dem geplatzen Treffen mitgeteilt, er wolle sich vorrangig

um die Freilassung der erkrankten deutschen Geiseln bemühen. Die 57-Jährige leidet an Bluthochdruck. Seit vier Wochen hält Abu Sayyaf die Geiseln auf der philippinischen Insel Jolo gefangen.

## Nach Schiesserei: drei Tote im Südlibanon

Rückzug der pro-israelischen SLA-Miliz: Vertriebene kehren in ihre Dörfer zurück

**HOULA: Die pro-israelische SLA-Miliz ist am Montag nach 22-jähriger Besetzung aus mehreren Ortschaften im Südlibanon abgezogen. Hunderte von Menschen kehrten in ihre Dörfer zurück. Eine Gruppe kam dabei unter Beschuss, drei Menschen starben.**

Nach Spitalangaben befand sich unter den Todesopfern auch ein siebenjähriges Kind. Sechs Personen wurden verletzt. Berichte, wonach die Zivilisten von der Siedlung Men-

ara in Israel beschossen wurden, bestritt die israelische Armee. Ein Sprecher sagte, Milizionäre der Südlibanon-Armee (SLA) hätten die tödlichen Schüsse abgefeuert.

Die SLA räumte zunächst die Ortschaften Houla, Markaba und Talloussa. In Houla blieben 22 SLA-Milizionäre zurück und stellten sich den Dorfbewohnern, die sie dann der Hisbollah-Miliz übergaben.

Kurz später betreten hunderte von schiitischen Bewohnern erstmals seit Jahren die Dörfer Aadisse

und Rob Taltin. Rund 15 SLA-Männer stellten sich unbewaffneten Hisbollah-Kämpfern.

Begleitet wurde der Abzug der Milizionäre von wechselseitigen Angriffen der israelischen Armee und der Hisbollah. Als Hisbollah-Kämpfer in der Nähe von Houla einen abrückenden SLA-Panzer angriffen, eröffnete die israelische Armee das Feuer. Vorübergehend löste dies eine Panik aus. Angesichts der Zuspitzung der Lage im Grenzgebiet befahl die israelische Armee

die Bewohner der Grenzsiedlungen gestern in die Luftschutzräume, da Raketenangriffe der Hisbollah befürchtet wurden.

Die meisten der befreiten Regionen in Südlibanon waren 1978 besetzt worden. 1985 hatte Israel eine 15 Kilometer breite Sicherheitszone mit der Begründung besetzt, es müsse seine Nordgrenze schützen.

Die Hisbollah, die für einen Abzug der Israelis kämpft, hat selbst für den Fall des völligen Abzugs eine Fortsetzung der Angriffe angekündigt.

## Sofortmassnahmen verlangt

Über 100 000 Eritreer demonstrieren gegen Schweigen der Welt

**ASMARA: Mehr als 100 000 Eritreer haben am Montag gegen das «Schweigen der internationalen Gemeinschaft» angesichts des Krieges am Horn von Afrika protestiert. Die Demonstranten zogen in der Hauptstadt Asmara friedlich vor die UNO-Vertretung.**

Dort forderten sie sofortige Massnahmen vom UNO-Sicherheitsrat zur «Retten der eritreischen Souveränität und des Friedens». Im Bemühen um eine diplomatische Lösung des Konfliktes entsandte die Europäische Union (EU) Sondervermittler Rino Serri in die Region.

**Vermittlungsbemühungen**

Serri traf gestern in Asmara ein, wo er mit dem eritreischen Präsidenten Issaias Afewerki und Aussenminister Haile Woldensae zusammenzutreffen sollte. Er habe zunächst Eritrea wegen der «katastrophalen humanitären Situation» besucht, sagte Serri. Noch im Laufe des Tages wollte Serri in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba weiter reisen.

Auch Algerien schaltete sich als vorsitzendes Land der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) mit Sonderbotschafter Ahmed Ouyahia in die Vermittlungen ein. Ouyahia nannte eine sofortige Waffenruhe als Bedingung für eine Wie-



Räumungsaktion der Polizei: Protestierende Eritreer werden vor dem schwedischen Parlamentsgebäude in Stockholm «weggeräumt».

deraufnahme von Friedensgesprächen. Er hoffe, dass Äthiopien und Eritrea auf der Basis eines bereits bestehenden Rahmenabkommens wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren, sagte Ouyahia nach einem Treffen mit dem äthiopischen Ministerpräsi-

denten Meles Zenawi. Ouyahia vermittelte seit Sonntag zwischen den kriegführenden Parteien. Die jüngste Verhandlungsrunde war Anfang Mai in Algier gescheitert.

**Versorgungsengpässe**

Nach monatelanger Waffenruhe hatte Äthiopien vor zehn Tagen eine neue Offensive gegen Eritrea gestartet. Seither wurden zehntausende Soldaten getötet, mehr als eine halbe Million Eritreer sind auf der Flucht. Nach offiziellen Angaben flüchteten bislang etwa 25 000 Eritreer.

Die beiden ostafrikanischen Nachbarländer führen seit zwei Jahren Krieg um einen rund tausend Kilometer langen Grenzstreifen. Eritrea steht vor dramatischen Versorgungsengpässen. «Wir bereiten uns auf eine sehr schwierige Lage vor», sagte ein UNO-Vertreter.

Vor dem erneuten Ausbruch des Krieges waren wegen mehrerer aufeinander folgender Dürren über 350 000 Menschen von Hunger bedroht. Das UNO-Welternährungsprogramm WFP organisierte für rund 210 000 Menschen Lebensmitteltransporte. Beobachter in Asmara widersprachen äthiopischen Behauptungen, dass sich die eritreische Armee in völliger Auflösung befinde. Wie es in Asmara hiess, scheinen sich die Eritreer auf die schwierige Verteidigung der Stadt Mendefera einzustellen.

## Ruf nach neuem Wahlrecht

**ROM: Nach dem Scheitern des Wahlrechtsreferendums am Wochenende wird in Italien der Ruf nach einer Gesetzesreform laut. Oppositionschef Silvio Berlusconi forderte am Montag die Bildung einer Übergangsregierung. Diese müsse die Aufgabe übernehmen, ein neues Wahlrecht durch das Parlament zu bringen. Er denke dabei an ein «deutsches Modell» mit einer Fünf-Prozent-Hürde, sagte Berlusconi weiter. Dies würde den traditionell starken Einfluss der Klein- und Kleinstparteien in Italien bescheiden. Bei der Volksbefragung hatte am Sonntag lediglich jeder dritte Wahlberechtigte abgestimmt. Damit scheiterte die Einführung eines reinen Mehrheitswahlrechts, das die Grundlage für stabilere Regierungen bilden sollte. Voraussetzung für die Gültigkeit des Referendums wäre eine über 50-prozentige Beteiligung der rund 49 Millionen Wahlberechtigten gewesen. Kommentatoren in Rom werten das Scheitern des Referendums als ein Zeichen für die Unfähigkeit der Regierung, die Wahlrechtsreform durchzusetzen. Die Regierung von Ministerpräsident Giuliano Amato, zugleich seines Amtsinhabers Berlusconi, der zum Boykott des Referendums aufgerufen hatte.**